

US-Iran-Politik, ein amerikanisch-israelisch-saudischer "Deal"

Autor(en): **Hübschen, Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **184 (2018)**

Heft 12

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-813266>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

US-Iran-Politik, ein amerikanisch-israelisch-saudischer «Deal»

Die amerikanische Iran-Politik wird nicht nur in Washington definiert, sondern entscheidend von Saudi-Arabien und Israel mitbestimmt. Eine überzeugende Strategie ist nicht erkennbar.

Jürgen Hübschen

Im August 1953 wurde in der «Operation Ajax», des britischen MI6 und der amerikanischen CIA der demokratisch gewählte Premierminister Mohammed Mossadegh gestürzt und der Weg freigemacht für die Alleinherrschaft des iranischen Schahs Reza Pahlawi. Damit begann eine enge Zusammenarbeit zwischen den USA und dem Iran, die im Rahmen der sogenannten «Twin Pillar Strategy» ihren intensiven Höhepunkt hatte.

Die amerikanische Position

Der damalige US-Vizepräsident Richard Nixon und Henry Kissinger hatten Ende 1969 eine Strategie entwickelt, mit Hilfe Saudi Arabiens und des Iran eine Einflussnahme der Sowjetunion in der Nahmittelost Region zu verhindern. Als Gegenleistung wurden Waffenlieferungen in dreistelliger Millionenhöhe zugesichert.

Mit dem Sturz des Schahs und der Machtübernahme durch Ayatollah Khomeini brach die «Twin Pillar Strategy» zusammen und auch das amerikanisch-iranische Bündnis endete. Die Geiselnahme von 52 amerikanischen Diplomaten in der US-Botschaft in Teheran am 4. November 1979 markierte den Beginn der kompromisslosen Anti-Iran-Politik Washingtons, die bis heute Bestand hat. Seither gibt es keine diplomatischen Beziehungen mehr zwischen den USA und Iran.

Die Periode von 1979 bis 2018 ist geprägt von der amerikanischen Unterstützung des Iraks im Krieg gegen den Iran von 1980–1989, von immer härteren Wirtschaftssanktionen bis hin zur Kündigung des Atomabkommens durch Präsident Trump.

Diese Iran-Politik der USA wird jedoch nur zu einem geringen Teil von den USA bestimmt und dabei weniger von der Regierung selbst als vielmehr von den neokonservativen Drahtziehern im Hintergrund, denen es gelungen ist, mit dem

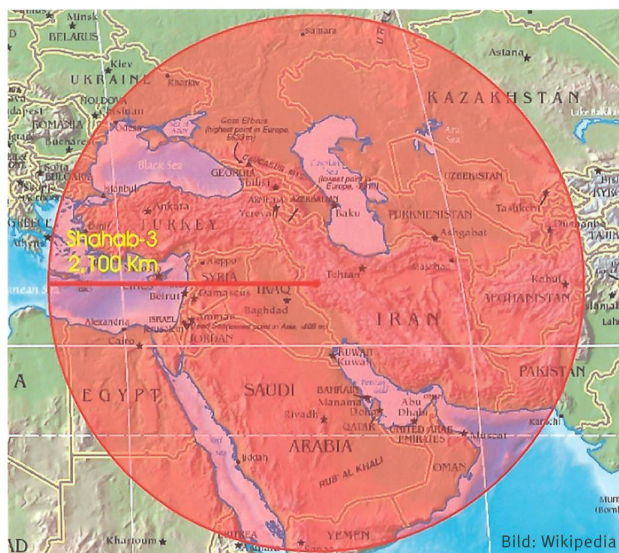
ehemaligen CIA-Chef und jetzigen Aussenminister Michael (Mike) Pompeo und vor allem mit John Bolton, dem Sicherheitsberater von Präsident Trump, zwei Iran-Falken in der US-Administration zu platzieren. Sie beeinflussen den Präsidenten massgeblich in seiner Iran-Politik, während wesentliche Akteure der Neo-

US-Bürger aus iranischer Gefangenschaft. Ansonsten drohte er mit den «schwersten Sanktionen der Geschichte». Pompeo wörtlich:» Iran darf niemals die Möglichkeit haben, den Nahen Osten zu dominieren.»

Pompeo ernannte den Juristen Brian Hook zum Sondergesandten für Iran.

Hook ist ein enger Vertrauter des Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton, den er in dessen Zeit als UN-Botschafter der USA beraten hat. Wie Bolton vertritt Hook eine harte Linie gegenüber dem Iran.

Bolton selbst erklärte am 22. August 2018 bei einem Besuch in Israel, die Vereinigten Staaten strebten keinen Regierungswechsel im Iran an. Ein solcher Wechsel entspreche nicht der amerikanischen-Politik, «was wir aber wollen, ist



Reichweite der iranischen Mittelstreckenrakete Shabab 3.

ein konservativen, die schon den Krieg gegen den Irak mitzuverantworten haben, sozusagen in der Deckung bleiben.

Aussenminister Pompeo erklärte am 21. Mai 2018 in einer Rede bei der konservativen Heritage Foundation, die US-Regierung strebe ein neues Abkommen mit Teheran an. Er stellte die Aufhebung der Sanktionen und wirtschaftliche Anreize für den Fall in Aussicht, dass Iran zuvor folgende Bedingungen erfülle: Vollständiger Stopp der Uran-Anreicherung, ungehinderter Zugang zu allen Forschungs- und Produktionsstätten, Beendigung des Raketenprogramms, der Unterstützung der Huthi-Milizen im Jemen und der Taliban in Afghanistan; ausserdem Abzug aller bewaffneten iranischen Kräfte aus Syrien und Freilassung aller

eine deutliche Veränderung im Verhalten des Regimes».

Neben den Neokonservativen nehmen die jüdische Dominanz im amerikanischen Finanzwesen und den US-Medien, vor allem aber die jüdischen Organisationen in den USA massgeblich Einfluss auf die Iran-Politik Washingtons. Die grösste und nach der «National Rifle Association» zweitmächtigste Lobby in den USA ist das jüdische «American Israel Public Affairs Committee» (AIPAC).

Die israelische Position

Über die AIPAC nimmt Israel Einfluss auf die amerikanische Politik in der Nahmittelost-Region, besonders im Hinblick auf den Iran. AIPAC zählt mittlerweile

nach eigenen Angaben etwa 100 000 Mitglieder, bei einem Jahresbudget von ca. 40 Millionen US-Dollar. Im 50-köpfigen Vorstand sind beide grossen Volksparteien vertreten.

Alle Kongressneulinge werden von AIPAC zu einer einwöchigen Reise nach Israel eingeladen, um sie mit den Besonderheiten des Landes vertraut zu machen. Die Pro-Israel-Lobby in Washington führt sogenannte «Voting Records», in denen genau festgehalten wird, wie sich jeder einzelne Kongressabgeordnete bei Abstimmungen, die Israel oder den Nahen Osten betreffen, verhalten hat.

Israel behauptet, dass Teheran Israel zerstören und von der Landkarte tilgen will. Dabei bezieht man sich auf eine Aussage des damaligen iranischen Präsidenten Ahmedinadschad. Dieser hatte am 26. Oktober 2005 auf einer Konferenz unter anderem gesagt: «In rezhim-e esshgalgar bayad az safhe-ye ruzgar mahv shavad». Diese Aussage wurde falsch ins Englische übersetzt als: «Israel must be wiped off the map». Ahmedinadschad hat die Worte «map» und «wiped off» nicht benutzt. Seine Formulierung bedeutet in Wirklichkeit: «Das Besatzerregime muss Geschichte werden».

Weitere wesentliche Behauptungen Israels, die sich die Trump-Administration zu eigen gemacht hat, sind: Iran destabi-

«Der Iran bestreitet alle amerikanischen, saudischen und israelischen Vorwürfe und lehnt die Bedingungen der USA für einen neuen «Atom-Deal» ab.»

lisiere die gesamte Nahmittelost-Region, arbeite an einem militärischen Atomprogramm, unterstützte die Huthi-Rebellen im Jemen und den internationalen Terrorismus. Iran wolle die Nahmittelost-Region dominieren und plane eine ständige Militärpräsenz in Syrien.

Die Position Saudi-Arabiens

Während Israel über Banker, Medien und vor allem jüdische Organisationen in den USA Einfluss auf die Iran-Politik Wa-

shingtons nimmt, setzt Saudi Arabien auf die «Öl-Karte» und seine ca. 780 Milliarden Dollar in den USA. Ein Abzug dieser Dollar würde die US-Wirtschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit kollabieren lassen.

Ein weiterer Trumpf Riads ist die strategische Lage auf der Arabischen Halbinsel und die Dominanz in der sunnitischen Arabischen Staatengemeinschaft.

Die enge Zusammenarbeit des Königreichs mit den USA begann mit dem historischen Treffen zwischen dem damaligen Präsidenten Roosevelt und dem saudischen Staatsgründer König Ibn Saud am 14. Februar 1945 auf dem US-Kreuzer «USS Quincy» im grossen Bittersee.

Über den ARAMCO-Computer im saudischen Dahran werden weltweit die Ölströme kontrolliert und gesteuert und auch heute noch importieren die USA trotz der eigenen Ölförderung täglich noch immer eine Million Barrel aus Saudi Arabien.

In Bezug auf den Iran stellt Riad quasi dieselben Behauptungen auf wie Israel.

Die Position und Optionen des Iran

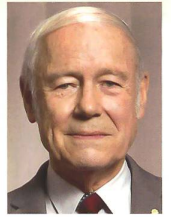
Der Iran bestreitet alle amerikanischen, saudischen und israelischen Vorwürfe und lehnt die Bedingungen der USA für einen neuen «Atom-Deal» ab. Vor allem wegen seiner geostrategischen Lage verfügt Teheran über verschiedene Optionen, sich gegen die amerikanische Vorgehensweise zur Wehr zu setzen und zwar mit Massnahmen, die sich gegen die Verbündeten Washingtons, aber auch gegen die USA selbst richten.

Saudi Arabien und auch Israel liegen in der Reichweite iranischer Waffensysteme, die aus dem Iran selbst eingesetzt werden können oder aber auch von Schiffen im Persisch-Arabischen Golf, durch iranische Kräfte in Syrien oder aber auch durch die verbündete Hisbollah in Syrien und im Libanon.

Mit Hilfe schiitischer Minderheiten könnte der Iran in Bahrain und/oder Saudi Arabien innenpolitische Konflikte initiieren. Teheran beherrscht die gesamte Ostküste des Persisch Arabischen Golfs und verfügt auf der Golf-Insel Abu Musa über einen Hafen und einen Luftwaffenstützpunkt. Auch auf den beiden Tunb-Inseln gibt es eigene Militäreinrichtungen. Damit verfügt Teheran über optimale Möglichkeiten, den Schiffsverkehr und die westliche Ölversorgung durch die Strasse von Hormuz zu kontrollieren und

Aus dem Bundeshaus

Es geht um Militärdienstpflicht, Armee-seelsorge, Schutzwesten/Armeebotschaft, Assistenzdienst, Neues Kampfflugzeug sowie um Rüstungspolitik.



Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SiK-NR) beantragt ihrem Rat, der Parlamentarischen Initiative (Pa. Iv.) «Für eine sichere Schweiz mit einer starken Milizarmee. Durchsetzung der Militärdienstpflicht» keine Folge zu geben (17.474; 15:8:0). Dieser Vorstoss will mittels geänderter Bundesverfassung den Armeebestand sichern und das freie Wahlrecht zum Zivildienst abschaffen. Die Kommissionsmehrheit möchte die Problematik bei der kommenden Vorlage des Bundesrates (BR) zur Änderung des Zivildienstgesetzes erörtern (824.0). «Die Minderheit hingegen sieht dringenden und umfassenden Handlungsbedarf.» Die SiK-NR beantragt Ablehnung der Pa. Iv. «Keine muslimischen Armee-seelsorger in unserer Armee» (17.485; 15:9:0). Sie hält im Gegensatz zum Ständerat (SR) an der Vollausrüstung «ballistischer Körperschutz» fest (18.022).

Die SiK-SR stimmt dem «Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst zur Unterstützung ziviler Behörden beim Schutz ausländischer Vertretungen» auch im Jahr 2019 zu (18.028; 10:0:2) – sogenannter Botschaftsschutz im Kanton Bern und in der Stadt Zürich. Sie beantragt, die Motion «Luftwaffe. Grundsatzentscheid vor das Volk» abzulehnen (17.3604; 6:6:1, Stichentscheid Präsident). Der Vorstoss erübrige sich durch den referendumsfähigen Planungsbeschluss, den der BR dem Parlament vor Ende 2018 zu unterbreiten beabsichtige. Die Minderheit wollte den BR in seinem Vorgehen bestärken.

Der BR aktualisiert seine Grundsätze für die «Rüstungspolitik des VBS», in Kraft ab 01.01.2019. Er will damit sicherstellen, dass die Armee rechtzeitig, wirtschaftlich und transparent ausgerüstet und bewaffnet wird. Werden Rüstungsgüter im Ausland beschafft, so müssen «in der Regel 100 Prozent des Kaufpreises in der Schweiz kompensiert werden».

Oberst aD Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3006 Bern

bei Bedarf auch zu unterbrechen. Mit Hilfe der Huthi-Rebellen im Jemen könnte Iran Militäraktionen gegen die von Saudi Arabien geführte militärische Allianz im Jemen durchführen. Amerikanische Soldaten könnten durch den Iran sowohl auf der Arabischen Halbinsel als auch im Golf selbst angegriffen werden. In Bahrain sind das U.S. Naval Forces Central Command (NAVCENT) und die 5. US Flotte, auf dem Luftwaffenstützpunkt Al Udeid in Katar weitere 10 000 US-Soldaten stationiert. Auch die US-Truppen im Irak, in Syrien und in Afghanistan befinden sich in der Reichweite iranischer Waffensysteme. Im Irak selbst sind ausserdem iranische Milizen mittlerweile in die irakischen Sicherheitskräfte eingegliedert und die schiitische Regierung in Bagdad unter Ministerpräsident Abadi versteht sich als enger Verbündeter Teherans. *Last but not least* hat Iran eine gemeinsame Grenze mit dem NATO-Partner Türkei. Für den Fall, dass es zwischen den USA und Iran zu einer militärischen Auseinandersetzung käme, könnte auch ein Eingreifen Russlands – neben dem Iran der wichtigste Verbündete des syrischen Herrschers Assad – nicht ausgeschlossen werden.

Beurteilung der amerikanischen Iran Politik

Wie gegen den Irak, Libyen und auch Syrien ist keine klare sicherheitspolitische Strategie Washingtons erkennbar. Im Irak und Libyen führte eine solche Vorgehensweise zur Zerstörung beider Staaten. In Syrien scheiterte zwar der von den USA angestrebte Sturz von Präsident Assad, aber auch dieses Land ist nur noch in Teilen ein funktionsfähiger Staat.

In diesen drei Fällen hielten sich die unmittelbaren Konsequenzen für die USA in einem sehr überschaubaren Rahmen, auch, weil die internationale Staatengemeinschaft die Völkerrechtsbrüche Washingtons hingenommen hatte.

Im Fall des Irans kann unterstellt werden, dass Washington mit Hilfe der Sanktionen auch dort einen Regimewechsel erreichen will, erneut, ohne eine Alternative zum herrschenden System verfügbar zu haben. Es gibt allerdings einen entscheidenden Unterschied zum Irak, zu Libyen und letztlich auch zu Syrien: Die Hardliner in Teheran würden die Macht übernehmen und nicht warten bis die Sanktionen das System der Mullahs in die Knie

zwingen, sondern verschiedene militärische Optionen zu nutzen wissen. Das träge die USA direkt und würde zu einer völligen Destabilisierung der Region führen.

Die einzige Möglichkeit, diese immer brisanter werdende Lage noch zu entschärfen, ist eine diplomatische Lösung dieser Krise, die nun schon fast vier Jahrzehnte andauert.

Dazu müssten allerdings der immer stärker werdende Einfluss der Neokonservativen und der israelischen Lobby in den USA gestoppt, das Verhältnis zu Saudi Arabien überprüft, die Sanktionen aufgehoben und am Atomabkommen mit dem Iran festgehalten werden. ■

Der Fall Khashoggi ist bewusst ausgeklammert, da zum Zeitpunkt der Drucklegung dessen Einfluss auf das Verhältnis zwischen den USA und Saudi Arabien noch nicht geklärt ist.



Oberst i GSt aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven

E-LynX™ - dauerhafte Überlegenheit im Einsatz dank modernster Spitzentechnologie



- **E-LynX** Kommunikationslösung – bereits bei 10 Streitkräften weltweit erfolgreich im Einsatz
- **E-LynX** Kommunikationslösung – hochentwickeltes taktisches Netzwerk für Sprach-, Daten- und Bildübermittlung
- **E-LynX** Kommunikationslösung – ganzheitliche, interoperable Produktfamilie für unterschiedlichste taktische Einsatzszenarien
- 50 Jahre Erfahrung mit technologischen Innovationen – modernste Kommunikationslösungen für über 50 Armeen weltweit

Elbit Systems™

www.elbitsystems.com